

ÖSTERREICHISCH-



ISRAELISCHE GESELLSCHAFT

חברה אוסטריה-ישראל

schalom

Zeitschrift der Österreichisch-Israelischen Gesellschaft

55. Jahrgang

3/2023

€ 3,-



***In Israel ist nichts
mehr wie zuvor.***

Leitartikel

Liebe Freundinnen, liebe Freunde!

Mit meinem letzten Vorwort im Schalom vor dem Sommer war ich doch zu hoffnungsvoll. Israel is under attack! Seit dem 7. Oktober 2023 ist die Welt anders geworden. Ein brutaler Terrormob hat die Grenzregion Israels zum Gazastreifen überfallen.

Das Unvorstellbare ist geschehen. Frauen, Kinder, alte Menschen wurden gezielt auf zum Teil unvorstellbar grausame Art und Weise ermordet. Eine große Anzahl von Geiseln wurde entführt. Der Hass gegen alle Bürgerinnen und Bürger Israels, besonders aber gegen Jüdinnen und Juden, übersteigt alle Vorstellungskraft.

Wenn wir geglaubt haben, dass Antisemitismus heute nur am Rande vorkommt, sind wir belehrt worden. Antisemitismus, und das zeigt sich gerade auch in der Reaktion vieler in Europa, kommt nach wie vor aus der Mitte der Gesellschaft und ist in bestimmten Milieus sehr salonfähig.

Wir haben seit den ersten Tagen durch den Terroranschlag entstandenen Kriegen engen Kontakt zu unseren Freundinnen und Freunden in Israel und erleben daher die Situation hautnah mit.

Nach längerem Diskussionsprozess habe ich mich entschieden die Einzelheiten der begangenen Verbrechen nicht im Detail zu erwähnen. Dafür ist später noch Zeit. Die bisher

bekannt gegebenen Details sprechen bereits für sich und es ist auch im Sinne der Opfer, ihre Privatsphäre, auch über den Tod hinaus, zu wahren.

Wir haben Kontakt zu Überlebenden aus den Kibbuzim an der Grenze und treffen uns mit Gruppen von ihnen, die nach Wien eingeladen worden sind. Das ist besonders für die Kinder wichtig und soll helfen, mit der schrecklichen Situation umgehen zu können.

Aus gegebenem Anlass haben der Vorstand und der Beirat der ÖIG eine Position zur aktuellen Lage entwickelt, die wir in dieser Nummer vorstellen. Darin sind auch die für uns zentralen Eckpunkte enthalten.

Jetzt geht es darum, Solidarität mit dem israelischen Volk zu zeigen und einen festen Standpunkt zu beziehen: Am Israel chai!

Nie wieder ist jetzt!

Wir werden als ÖIG einen starken Beitrag dazu leisten, dass jede Form von Antisemitismus und besonders von Feindseligkeit gegenüber Israel nachhaltig bekämpft wird.

Ich bin in Kontakt mit unseren Freundinnen und Freunden von der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG) und auch mit den Schweizer Freundinnen und Freunden. Wir werden nächstes Jahr ein internationales Treffen in Wien veranstalten, um die Situation im deutschsprachi-

gen Raum zu besprechen und unsere Aktivitäten zu koordinieren.

Nächstes Jahr haben wir viel vor und laden euch ein dabei mitzuhelfen. Eine Mitgliedschaft bei der ÖIG setzt gerade jetzt ein wichtiges Zeichen für Israel!

Ich wünsche euch allen schöne Feiertage, den immer noch von der Hamas in Geiselhaft gehaltenen Menschen, dass sie so rasch als möglich wieder frei sind und dem Staat Israel und seiner Bevölkerung eine sichere und friedliche Zukunft.



Peter Florianschütz MA MLS
Erster Präsident
der Österreichisch-Israelischen
Gesellschaft

Werden auch Sie Mitglied der Österreichisch-Israelischen Gesellschaft! Die Zeitschrift »Schalom« ist inkludiert!

Die Freundschaft mit den Menschen in Israel ist uns wichtig! Das Formular finden Sie auf unserer Website: www.oeig.at Unterstützen Sie bitte unsere Arbeit und erwägen Sie ein Spende!



Editorial

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Mitglieder der ÖIG!

Die Ereignisse des 7. Oktober in Israel sind eine Zeitenwende. Nicht nur, was das unmenschliche Verhalten der Mörder, Vergewaltiger, Entführer von Hamas betrifft, auch Jüdinnen und Juden außerhalb Israels haben sich in einer Lebenssituation wiedergefunden, die seit zwei Monaten geprägt ist von Angst, Bedrohung und Unsicherheit.

Wir vom neuen Redaktionsteam von Schalom haben lange mit uns gerungen, wie wir auf diese unvorstellbaren und entmenschlichen Taten der palästinensischen Terroristen reagieren können und sollen. Nach langen internen Diskussionen haben wir uns dazu entschlossen, zunächst nicht „tagesaktuell“ zu berichten, das können die klassischen Medien besser als wir. Uns war es vielmehr wichtig, der Trauer um die Opfer Raum zu geben und sich Zeit zu nehmen für eine Einordnung dieser Zäsur.

Mit der heutigen Ausgabe, die Sie nun in den Händen halten, sammeln wir unsere Gedanken, ordnen sie ein, geben eine Orientierung in einer Zeit, die orientierungslos erscheint. Auch hat die Österreichisch-Israelische Gesellschaft mit einem Positionspapier klare Worte für die unsagbaren Gräueltaten der Hamas gefunden, die wir hier auch wiedergeben möchten. Daneben berichten wir natürlich aus Israel, wie die Menschen vor Ort den 7. Oktober und seine Konsequenzen wahrnehmen, was diejenigen erleiden mussten, die Augenzeugen wurden an dem Tag, der wie kein anderer seit der Shoah die Entmenschlichung und Barbarei in seiner ganzen Brutalität uns allen aufgezeigt hat. Auch gehen wir auf die legislativen Konsequenzen in Österreich ein und werfen einen Blick auf Hass und Propaganda in den sozialen Medien. Abgerundet wird diese Ausgabe von den Rubriken, die unsere Leserinnen und Leser bereits kennen und schätzen gelernt haben.

Österreich steht an der Seite Israels, seinen Bürgerinnen und Bürgern. Wir danken allen Verantwortlichen auf politischer Ebene, aber auch den zivilgesellschaftlichen Organisation für ihre klaren Worte und ihre Solidarität.

Das neue Team von Schalom wird in den kommenden Ausgaben auch einen vorsichtigen Relaunch in Grafik und Layout vornehmen. Ebenso wollen wir stärker auf die Interessen und Themensetzungen jüngerer Menschen eingehen, für die Israel in all seiner Komplexität Heimat, Zukunft, ein Hort von Diversität, Hoffnung und Sehnsucht darstellt. Wir sind uns sicher, dass die Mitglieder der Österreichisch-Israelischen Gesellschaft dies ebenso sehen!

In diesem Sinne wünschen wir auch allen, die es feiern, ein friedliches und harmonisches Chanukka, auch wenn wir alle dieses Jahr in Gedanken bei den Menschen in Israel sind, die alles am 7. Oktober verloren haben oder die sich noch in den Händen der palästinensischen Terroristen befinden.

Ihr alle seid in unseren Herzen, für immer!
Mag. Michael Laubsch

Inhalt

- 4-5** In Israel ist nichts mehr wie zuvor
- 6-7** Am Israel chai!
- 8-9** Es war für uns ein »safe haven«
- 10-11** Positionierung der ÖIG
- 12-13** Krieg im Netz
- 14-15** Verbotsgesetz
- 16-17** Minischaloms
- 18-19** Ex Libris:
Rückkehr nach Lemberg
Faszination Judentum
Grand Hotel Abgrund

**Bitte verwenden Sie den
beiliegenden Zahlschein
für Ihren Mitgliedsbeitrag!
Herzlichen Dank!**

Impressum

Medieninhaber, Herausgeber:

Österreichisch-Israelische Gesellschaft (ÖIG),
Lange Gasse 64/15, 1080 Wien, Österreich,
www.oeig.at, office@oeig.at

Präsidenten:

Peter Florianschütz und Markus Figl

Generalsekretäre:

Andrea Hladky, Michael Laubsch

Redaktion: Michael Laubsch,

Peter Florianschütz, Markus Figl,

Andrea Hladky, Bettina Müller

Layout: Ulrike Mayrhuber

Bankverbindung:

Bank Austria, IBAN: AT561100000262620801,
BIC: BKAUATWW

Die in der Zeitschrift wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung der Redaktion und der Herausgeber. Jeder Autor trägt die Verantwortung für seinen Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller Mitarbeiter zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung. Die Redaktion nimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte. Beiträge und Leserzuschriften können auch redaktionell gekürzt wiedergegeben werden.

Titelbild Cover: Freepik



In Israel ist nichts mehr wie zuvor

von Ben Segenreich

shalom 2023/03

Die »Weltöffentlichkeit«, wer immer das ist, hat ein kurzes Gedächtnis, was die Auslöser von Waffengängen zwischen Israel und der Hamas betrifft. Das Muster war ja 2008, 2012, 2014, 2021 immer das gleiche. Jedes Mal feuerte die dschihadistische Palästinensergruppe tagelang Raketen und Granaten auf israelische Städte und Dörfer, bis Israels Führung dann notgedrungen die Armee losschickte, um das abzustellen. Das wurde in Europa und Amerika auch noch irgendwie verstanden. Doch nach ein, zwei Wochen war schon wieder vergessen, wie es angefangen hatte. Die unablässig hereinströmenden Bilder von den weinenden Kindern und Frauen im Gasastreifen, den überforderten Krankenhäusern, den zerstörten Gebäuden besetzten das Bewusstsein und verdeckten den Kontext. Und in den Köpfen nistete, ob ausgesprochen

oder nicht, der unsinnige Gedanke: Die Palästinenser sind schwächer, also sind sie im Recht – die Israelis sollen nicht so empfindlich sein und nachgeben. Jedes Mal mündete das dann in einen Waffenstillstand, der es der Hamas erlaubte, sich als Siegerin zu gebärden, trotz der schweren Verluste und trotz des Elends, in das sie die als Schutzschild missbrauchte eigene Bevölkerung gestürzt hatte. Israel musste sich damit arrangieren, dass es weiterhin aus nächster Nachbarschaft mit Raketen beschossen wurde. Und die Hamas konnte ihr »Aufbauwerk« fortsetzen: Dem israelischen Reservegeneral Giora Eiland zufolge hat sie den Gasastreifen zur »stärksten Festungsanlage der Weltgeschichte« gemacht.

Nach dem Überfall der Hamas auf Südisrael am 7. Oktober 2023 konnte man erwarten, dass nun alles

anders laufen würde. Das war kein Kriegsverbrechen (wie es jede einzelne der Raketen aus dem Gasastreifen ist), das war kein Terroranschlag, das war auch kein Massaker – die deutsche Sprache hat kein Wort, das dem entsprechen würde, was an diesem Tag geschehen ist. Jetzt musste doch allen klar sein, womit Israel es da zu tun hat. Aber natürlich begann die Erinnerung daran, wie es angefangen hatte, auch diesmal wieder schon nach ein, zwei Wochen zu verblassen. Demonstranten, Medien und Politiker in aller Welt vergaßen wieder den Kontext, schauten auf die »humanitäre Lage« im Gasastreifen, wünschten sich treuherzig einen sofortigen Waffenstillstand und träumten von der »Zwei-Staaten-Lösung« (ausgenommen jene, die Parolen für ein Palästina »vom Fluss bis zum Meer« brüllten, also für die Ausradierung Israels).

»Neben so einem Nachbarn kann man nicht leben«

Doch in Israel ist seit jenem schwarzen Samstag nichts mehr wie zuvor. Die Hamas hat vorsätzlich und planmäßig die Grundnormen der Zivilisation gebrochen. Die Israelis haben daraus den Schluss gezogen: »Neben so einem Nachbarn kann man nicht leben«. Das ist keine Floskel, sondern wörtlich und physisch gemeint. Wenn Sie jederzeit damit rechnen müssen, dass vom Nachbargrundstück Ungeheuer ins Wohnzimmer kommen und die Eltern vor den Augen ihrer Kinder erschießen, die Kinder vor den Augen ihrer Eltern erschlagen, die Tochter zu Tode vergewaltigen, dem Baby den Kopf abschneiden, die Familie fesseln und bei lebendigem Leib verbrennen – dann können Sie so nicht weiterleben. In Israel hatte man es immer vermieden, irgendetwas mit den Naziverbrechen zu vergleichen. Jetzt hörte man: Die Hamasverbrechen sind sogar schlimmer als die Naziverbrechen, denn die Nazis haben versucht, ihre Verbrechen geheim zu halten, doch die Hamas-Schergen streamen sie live und prahlen damit.

Die Israelis haben also seither ein klares Ziel vor Augen: Die Hamas muss verschwinden. Das hörte man sofort von allen Seiten – vom Staatspräsidenten und vom Premierminister, von Regierung und Opposition, vom Armeechef, von gegenwärtigen und früheren hohen Offizieren der Armee und leitenden Funktionären der Geheimdienste, von Expertinnen und Kommentatoren (auch solchen, die bis dahin immer für Zurückhaltung gewesen waren), bei den Debatten im Fernsehstudio, am Familientisch und im Hundepark. Besonders deutlich hörte man es von den Überlebenden, den Bewohnern von Beerli und Nir Os und Nativ Haassara und all den anderen Dörfern in Südstra-

el, die von der Hamas verwüstet worden waren. Die Menschen dort sind zum Großteil »Linke« und haben immer an einen Frieden mit den Palästinensern geglaubt. Doch nun sagen sie: Wir werden die Kraft haben, in unsere Dörfer zurückzukehren, obwohl dort Hunderte unserer Verwandten und Freunde ermordet wurden, und dort unser Leben, unsere Häuser, unsere Landwirtschaft wieder aufzubauen – aber die Bedingung dafür ist, dass es jenseits des Grenzzauns keine Hamas mehr gibt. Allen ist dabei klar, dass die Hass-Ideologie der Hamas nicht ausgerottet werden kann und vielleicht in Millionen Köpfen weiterleben wird. Gemeint ist, dass die Hamas keine Kommandanten, keine Brigaden, keine Kampftunnel, keine Raketen, keinen Sprengstoff, keine Handgranaten, keine Sturmgewehre mehr haben und den Gasastreifen nicht mehr regieren darf. Hier drängt sich wieder der Vergleich mit den Nazis auf. Die Bedrohung durch die Nazis war vorüber, als ihre Divisionen geschlagen und ihre Führer tot oder im Gefängnis waren, auch wenn die Ideologie bis heute herumgeistert.

Keine »Rache«

So außergewöhnlich und schwierig Israels Situation ist, so leicht ist sie eigentlich zu verstehen. Um so erstaunlicher und erschreckender ist es, dass die Israelis weithin gründlich missverstanden werden. Das drückt sich etwa in der Wortwahl deutschsprachiger Medien aus. Orf.at meldete »Vergeltungsangriffe auf den Gazastreifen« oder »Vergeltungsmaßnahmen Israels gegen die Hamas«. Dem »Standard« zufolge »hat Israel mit harten Vergeltungsschlägen reagiert«. »Die Regierung in Jerusalem kündigt Vergeltung an«, las man beim »Stern«, »Repräsentanten des Staats Israel schwören Rache«, formulierte der »Spiegel«, und beim ZDF hieß es: »Israels

Ministerpräsident Netanjahu kündigt Rache für Hamas-Angriffe an«. Nein, wer diese Terminologie gebraucht, hat wirklich nichts verstanden. Der Krieg Israels gegen die Hamas hat nichts mit »Vergeltung« und »Rache« zu tun. Natürlich, angesichts dessen, was die Hamas am 7. Oktober verbrochen hat, müssen bei jedem normal empfindenden Menschen Rachegelüste hochkommen. Aber in zivilisierten Gesellschaften gibt man Rachegelüsten nicht nach, und Rachegelüste können nicht die Grundlage von politischen und militärischen Entscheidungen sein. »Wir suchen keine Rache, sondern die Sicherung unserer Zukunft«, sagte der frühere Verteidigungsminister Benny Gantz, ein Oppositionspolitiker, der für die Dauer des Kriegs der Regierung beigetreten ist, »das ist der wichtigste Krieg seit der Staatsgründung.«

Erst vor einem halben Jahr hat Israel den 75. Jahrestag seiner Gründung gefeiert. Schon wenige Stunden nach der Ausrufung des Staats am 14. Mai 1948 war Tel Aviv von ägyptischen Flugzeugen bombardiert worden, und Israel musste dann in seinem »Unabhängigkeitskrieg« gegen die Armeen von sechs arabischen Staaten seine Existenz sichern. Manche sehen jetzt Israel noch immer oder schon wieder in einem Existenzkampf. Israels Feinde in der ganzen Region schauen genau zu. Man wird in Israel nur leben können, wenn Israel die Hamas ausschaltet und dadurch alle islamofaschistischen Kräfte abschreckt. In diesem Sinn kämpft Israel nicht nur für sich selbst, sondern für die Werte der freien, demokratischen Welt.

Am Israel chai!

Von Peter Florianschütz, Erster Präsident der Österreichisch-Israelischen Gesellschaft

Der 7. Oktober 2023 in Israel ist ein einzigartiges Zivilisationsverbrechen. Eine bewaffnete Terrorgruppe geht über eine Grenze, ermordet gezielt über 1.400 Zivilistinnen und Zivilisten, Männer, Frauen und Kinder und nimmt Hunderte Israelis, jung, alt, als Faustpfand zur Durchsetzung ihrer ideologischen Ziele. Das ist kein regionales Problem, das ist ein grundsätzliches Problem von Humanität und Zivilisation.

Terror vernichtet jüdisches Leben

Den islamistischen Terroristen ging es darum, israelisches, jüdisches Leben gezielt durch Terror zu vernichten und zu zerstören, Angst und Schrecken zu verbreiten und die Existenz des Staates Israels zu delegitimieren.

Die Idee eines Staates Israel, übrigens in Österreich, in Wien begründet, war die Vision eines sicheren Hafens für das jüdische Volk, um antisemitischen Anfeindungen und Unterdrückungen zu entgehen. 50 Jahre, nachdem Theodor Herzl in Wien diese Idee gehabt hat, war sie wahr geworden. Der Traum ist wahr geworden in Israel, und so ist Israel der sichere Hafen für das jüdische Volk. Das ist und muss auch so bleiben, das sind wir Österreicher dem jüdischen Volk und das sind wir unserer Geschichte schuldig.

Freiheit für alle Geiseln

Nun muss es oberstes Ziel sein, alle Geiseln, die im Zuge dieser Terroraktion in den Gazastreifen verschleppt worden sind, Männer, Frauen und Kinder zurück nach Israel zu bringen. Jeder Einzelne von ihnen ist Gefangener einer Terror-

organisation. Was wir hoffen müssen: Gebt die Geiseln frei, ohne Bedingungen, ohne irgendwelche Wenn und Aber, sofort! Es geht um die sofortige Freilassung aller Geiseln, die genommen worden sind!

Es gibt traurige Lehren. Vor vielen, vielen Jahren habe ich einen älteren Herrn kennengelernt in einem Kibbuz in Gan Shmuel in Israel. Er hat mir einen Lehrsatz gesagt: Wenn dir jemand sagt, dass er dich töten will, glaube ihm. Das ist die Lehre des Staates Israel. Wenn die Hamas sagt, der Staat Israel soll vernichtet werden, dann glauben wir ihnen das halt, nicht leichtfertig, die meinen das ernst und das haben sie uns gerade bewiesen. Das ist eine Terror- und Verbrecherorganisation und am Ende des Tages sollte diese Terror- und Verbrecherorganisation nicht mehr existieren dürfen. Der Staat Israel hat jedes Recht und jede Legitimation, dieses Ziel zu erreichen, im Interesse und der Sicherheit aller seiner Bürgerinnen und Bürger.

Auch arabischstämmige Israelis unter den Opfern

Man muss gleichzeitig darauf hinweisen, dass 20 Prozent der Bevölkerung des Staates Israels arabischer Herkunft oder Nationalität ist. Sie sind alle Israelis, mit Wahlrecht zur Knesset und dort vertreten. Da-

her ist es völlig unlauter, zu sagen, die Araber. Es mögen schon viele Araber sein, aber die Verbrecher sind die Hamas-Organisationen und ihre Unterstützerinnen und Unterstützer, nicht die arabische Bevölkerung. Bei

Vor vielen, vielen Jahren habe ich einen älteren Herrn kennengelernt in einem Kibbuz in Gan Shmuel in Israel. Er hat mir einen Lehrsatz gesagt: Wenn dir jemand sagt, dass er dich töten will, glaube ihm.

dem Terrorattentat sind auch einige arabischstämmige Israelis getötet worden.

Wahr ist, dass die Hamas und die sie finanzierende Islamische Republik Iran Urheber dieses Verbrechens sind, und nicht nur dieses Verbrechens. Wir sollten uns auch im Hintergrund behalten, wenn wir glauben, gute Geschäfte, zum Beispiel mit Öl, machen zu wollen, mit wem wir diese Geschäfte wirklich machen und von wo wir diese Ressourcen beziehen. Da sollten wir kritischer und vorsichtiger sein, und wir sollten vorsichtig sein, dass nicht so ein Verbrechen dazu verwendet wird, eine grundsätzliche Völkerfeindschaft zu erzeugen.

Solidarität mit allen

Nützlich ist, wenn wir versuchen, auch in Perspektive einer zukünftigen Lösung, differenziert vorzugehen und mit den Menschen dort so umzugehen, wie sie sind. Es gibt viele Opfer und mit allen diesen Opfern, Zivilgesellschaft, friedliche Menschen, erklären wir uns solidarisch.

Im Kibbuz Magen – Magen bedeutet Schild –, direkt neben dem Gazastreifen, lebt eine betagte Freundin von mir, und sie war ein Opfer dieses Attentats. Sie hat überlebt! Eine andere gute Freundin von mir ist besorgt, weil ihr Sohn als Reservist zur Armee einberufen worden ist und jetzt an der Südfront steht. Sie hofft und betet, dass er nicht in den Gazastreifen gehen muss. Das wird nicht er entscheiden

und auch nicht wir, sondern die Führung des Generalstabs der israelischen Armee auf Anweisung der Regierung des Staates Israel. Man muss davon ausgehen, dass es nicht bei Appellen und Friedenskundgebungen bleiben wird.

Der Staat Israel hat das Recht, sich zu wehren, unter Einhaltung aller völkerrechtlichen Normen. Es ist ja absurd, dass man bei einem demo-

kratischen Staat betonen muss, dass er sich an die Gesetze, an das Völkerrecht, hält. Das ist eine Selbstverständlichkeit im Staat Israel.

Israel ist under attack und es bleibt mir nur übrig zu sagen: Ad lo levad, chavera! (Du bist nicht alleine, Freundin!) Am Israel chai. _(Das Volk Israel lebt.)



חג חנוכה שמח

Wir wünschen ein erleuchtetes
und friedliches Chanukka-Fest.

Ausbildungen mit Start im Februar

- / Deutsch und Integration
- / EDV und Office-Basics
- / Bürokaufmann/-frau
- / Job Coaching - Bewerbungstraining



Jüdisches Berufliches Bildungszentrum
01/33106 500 | boi@jbbz.at

Es war für uns ein »safe haven«

Von Michael Laubsch

Der Morgen des 7. Oktober wird eingehen in die Geschichte als das Datum, an dem die meisten Jüdinnen und Juden an einem Tag ihr Leben lassen mussten seit der Shoah. Der Angriff der islamistischen Hamas-Mörder auf den Süden Israels, deren Töten, die Entführungen sind nicht nur für die Menschen in Israel eine Zäsur, sie stellen auch die Regierung in Jerusalem vor Herausforderungen, egal, wie viele der gekidnappten Frauen, Männer und Kinder wieder ihre Freunde und Verwandte in der Heimat in die Arme nehmen können.

Es ist noch nicht an der Zeit, mit genügend Abstand die Ereignisse des 7. Oktober zu betrachten. Daher möchte ich an dieser Stelle jungen Israelis das Wort geben, was sie gefühlt, wie sie gelitten haben, in welche dunklen Abgründe sie haben schauen müssen. Einige waren dabei beim Nova Festival in der Wüste, nur fünf Kilometer entfernt vom Grenzzaun zu Gaza. Andere saßen gerade beim Frühstück weiter im Norden, in Tel Aviv oder Haifa.

Rachel erzählt mir, es sei eine ganz unheimliche Stimmung, »die uns Samstag am Morgen erwischt hat. Zu dieser Zeit ist es in Israel eher ruhiger auf den Straßen. Darum haben wir zuerst nicht geahnt, was passiert ist. Den Sirenenalarm haben wir im Schlaf nicht mitbekommen, erst durch das Radio haben wir von den Raketen erfahren. Und im Laufe des Tages wurde uns klar, dass es sich nicht nur um eine neue Runde von Raketen aus Gaza und Luftschlägen aus der israelischen Armee handelt, sondern dass

da mehr passiert ist. Es war für uns sehr schwer nachzuvollziehen, dass Kämpfer der Hamas tatsächlich in israelische Ortschaften in der Grenznähe vorgedrungen waren. Es war unreal, die Entwicklungen überschlugen sich.«

Eden aus Tel Aviv: »Das war beängstigend, da braucht man nichts zu beschönigen. Wir haben unsere Wohnung nicht verlassen. Es gab ein großes Unsicherheitsgefühl und die Stimmung war unheimlich. Die Stadt war wie leergefegt, leerer noch als an einem normalen Samstag, und für uns stellten sich dann einfach ganz viele Fragen: Was sollen wir jetzt tun? Wie erklären wir das unseren Kindern?«

Nachdem die Menschen, den Tag an Fernsehern, Internet oder Radio verbracht haben und das wahre Ausmaß des Angriffs der Hamas begriffen haben, herrschte besonders bei jüngeren Israelis auch Fassungslosigkeit darüber, dass die israelischen Sicherheitskräfte das zugelassen haben. »Es gibt das Gefühl und eigentlich ist das ja die Wahrheit,

dass diese Ortschaften total im Stich gelassen wurden, unter anderem, weil die Armee in den letzten Monaten zahlreiche Kräfte ins Westjordanland verlegt hat, um religiös-messianische Siedler zu schützen, die immer brutaler auch gegen die palästinensische Bevölkerung vorgingen«, berichtet Joshua.

Es ist eine sehr laute Kritik an der Regierung, am Militär und den Geheimdiensten. Vor allem, wenn es um die Frage geht, wie es passieren konnte, dass die Ortschaften in der Nähe von Gaza so lange im Stich gelassen wurden. Da ist eine gehörige Portion Wut auf die Regierung da, vor allem auch von den Angehörigen der entführten Geiseln. Viele Teilnehmer_innen des Rave Festivals wunderten sich schon beim Buchen der Tickets darüber, dass die Behörden den Veranstalter des Party-Wochenendes eine Genehmigung erteilten, obwohl man immer mit Raketen-Angriffen aus Gaza rechnen musste. Aber, so Ben, der aus Tel Aviv in den Süden fuhr, »da es genehmigt war, waren wir sicher, dass es genügend Sicherheitspersonal vor Ort gibt.«



Der Morgen des 7. November beim Nova-Rave; Photo: Facebook



Ein verlassenener Campingplatz in Re'im; Photo: Privat

»Wir dachten, es sei ein safe space in Re'im. Dass ganz Israel ein ›Safe State‹ für seine Bewohnerinnen und Bewohner ist, trotz allem, habe ich immer geglaubt.«

»Wir dachten, es sei ein safe space in Re'im. Dass ganz Israel ein ›Safe State‹ für seine Bewohnerinnen und Bewohner ist, trotz allem, habe ich immer geglaubt,« sagt Lile. Jetzt glaubt sie es nicht mehr. »Von Kindheit wurde uns erzählt, von den Verwandten, in der Schule, was die Shoah war. Am 7. Oktober mussten wir am eigenen Leib erleben, was es heisst, getötet zu werden, nur weil ich eine Jüdin bin.«

»Wir wollen doch keinen Krieg, wir wollen Frieden! Deshalb haben wir das Festival organisiert: für Frieden, Liebe, Zusammenhalt, unter allen Menschen hier, egal ob Jude, Palästinenser. Wir wollten uns Menschen feiern!« Das war der Beweggrund von Adi und ihrer Partnerin Nata, beides Friedensaktivistinnen, die sich immer für eine dauerhafte Verständigung zwischen Juden und Palästinensern eingesetzt haben.

Das Festival der Nova ist ein besonderes, es findet eigentlich nur

alle zwei Jahre über Silvester statt, ursprünglich in Brasilien. Hoher Himmel, weites Land: Die Wüste passt eigentlich sehr gut zum Konzept. Die Feiernden suchen das Universum Parallelo, in dem das andere Universum nicht stört. Die Rave- und Trance-Community hat sich ein Credo gegeben: »Peace Love Unity Respect«. Sie begreift sich als eine internationale Gemeinschaft voller Toleranz und Friedfertigkeit, die Zwist und Gegensätze und Hass wegumarmen wollen.

»Normalerweise gibt es Informationen vorab, Warnungen, wenn Angriffe bevorstehen, und man spürt die Spannung fast physisch«, so Dan, der in einem Kibbuz die Angriffe der Hamas miterleben musste und nur mit Glück überlebte. »Dieses Mal gab es nichts. Keine Infos, keine Warnungen, niemand hatte eine Ahnung, keiner ein schlechtes Gefühl. Dann gingen die Sirenen los, Samstag am frühen Morgen, wir stürzten in den Schutzraum wie so oft. Meistens sind es ein paar Rake-

ten, dann hört es auf. Aber diesmal hörte es nicht auf, es ging immer weiter und weiter. Und plötzlich hörten wir die Schüsse, Sturmgewehre, Stimmen. Wir fingen an, uns in unseren WhatsApp-Gruppen zu schreiben. Irgendwann begriffen wir, dass Terroristen in unseren Kibbuz eingedrungen waren. Normalerweise haben die Schutzräume keine Schlösser, sie sind für den Schutz vor Bomben gedacht, nicht vor Menschen. Einer glücklichen Fügung haben wir es zu verdanken, dass unser Schutzraum mit einer Metallstange verschließbar war.«

Die Tochter einer guten Freundin aus Tel Aviv, Mayrav, war ebenfalls beim Nova. Mit ihren Worten soll dieser Beitrag enden: »Sie raubten uns den Ort, der für uns am sichersten schien. Die, die überlebt haben, sind seelisch verletzt. Ich glaube, manches wird niemals heilen. Aber wir blicken in die Zukunft, so weit wir es können. Ich werde irgendwann wieder tanzen, im Gedenken an all diejenigen, die ich an diesem Morgen verloren habe. Natürlich werden wir wieder tanzen. Wenn wir es nicht täten, was für einen Sinn hätte das? Wofür wären sie dann gestorben? Ja, wir tanzen weiter, für sie!«

Positionierung der ÖIG

zum aktuellen Nahost-Konflikt aufgrund der Bedrohung Israels durch die Terrororganisation Hamas

Grundsatzpapier der ÖIG vom 22.11.2023

Die ÖIG stellt fest

- Wir sind solidarisch mit Israel besonders angesichts des Terrors der Hamas.
- Wir fordern die sofortige Freilassung aller Geiseln.
- Um das Leiden der palästinensischen Zivilbevölkerung zu beenden, fordern wir die sofortige und bedingungslose Kapitulation der Hamas. Die Verantwortlichen dieser Terrorgruppe müssen für ihre Taten zur Verantwortung gezogen werden.
- Die Diskussion angesichts der Terrorakte in der öffentlichen Diskussion stattfindende Umkehr von Opfern und Tätern ist strikt zurückzuweisen.
- Wir begrüßen die klare Haltung der Republik Österreich, besonders im Rahmen der Vereinten Nationen.

Grundsätzlich

Die Österreichisch-Israelische Gesellschaft steht zur Verantwortung und Solidarität Österreichs für den Staat Israel. Die Existenz Israels ist eine Staatsräson der Republik Österreich.

Angriffe, wie die gegenständlichen entsetzlichen Blut-taten der Hamas, sind ein Angriff auf die Zivilisation und die Freiheit. Menschen als Geiseln zu nehmen ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Deshalb erwarten wir von allen, gerade auch von den multilateralen Organisationen, die Verurteilung dieser Terrorakte, Solidarität mit den Opfern und ihren Angehörigen sowie konsequenten Einsatz für die sofortige bedingungslose Freilassung aller Geiseln.

Die ÖIG bekennt sich zur Freiheit und Sicherheit aller in der Region lebenden Menschen und zu unserer gemeinsamen Verantwortung als österreichische Gesellschaft. Dazu gehört jedenfalls:

- Das uneingeschränkte Bekenntnis zum Existenzrecht des Staates Israel mitsamt seinem Selbstverteidigungsrecht als Teil des internationalen Völkerrechts.
- Die scharfe Verurteilung von Terror als politisches Mittel, kontextlos und ohne jegliche Relativierung. Terrororganisationen wie die Hamas oder die Hisbollah müssen endgültig entwaffnet und aufgelöst werden.

- Die Rolle des Regimes im Iran, das für die Vernichtung Israels steht und offen und verdeckt Aktivitäten dazu fördert, muss auch in diesem Zusammenhang verurteilt werden.
- Nachhaltiger Frieden und Sicherheit in der Region sind der einzige Weg zu einer politisch und gesellschaftlich tragfähigen Zweistaaten-Lösung. Sie sind der Garant für ein demokratisches Israel und einen ebenso demokratischen palästinensischen Staat, in denen alle Menschen in Sicherheit, Freiheit und Würde mit Perspektiven leben können.
- Wir setzen die palästinensische Zivilbevölkerung nicht mit der Hamas gleich, sondern sehen in ihr auch ein Opfer dieser Terrororganisation. Dieser Umstand entbindet die palästinensische Gesellschaft allerdings nicht davon, von sich aus gegen Antisemitismus, Antizionismus und extremistische Strömungen in den eigenen Reihen vorzugehen.
- Angesichts des jetzt offen zu Tage tretenden Antisemitismus in der österreichischen Gesellschaft, der von unterschiedlichen Gruppen massiv befeuert wird, ist es notwendig, sich mehr denn je zum jüdischen Leben in Österreich zu bekennen, es zu fördern und es mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu schützen.
- Jede Form des Antisemitismus muss konsequent bekämpft werden. Antisemitische Gruppen und Aktivitäten müssen gesellschaftlich und rechtlich sanktioniert werden. Personen, die Hass und Antisemitismus verbreiten, müssen rechtlich und politisch zur Verantwortung gezogen werden. Gerade wenn aufgrund von Auseinandersetzungen im Nahen Osten der Antisemitismus weltweit und so auch in Österreich zunimmt, ist es umso mehr notwendig, konsequent gegen Antisemitismus und Israelfeindlichkeit vorzugehen. Forderungen und öffentliche Äußerungen, die das Existenzrecht des Staates Israel direkt oder indirekt (etwa durch Codes wie »from the river to the sea«) bestreiten, sollten straf- und zivilrechtlich verfolgbar gemacht werden. Das gilt auch für Angriffe auf Einrichtungen und Symbole des Staates Israel.

Wir sind solidarisch mit Israel besonders angesichts des Terrors der Hamas.

Wir fordern die sofortige Freilassung aller Geiseln.

Um das Leiden der palästinensischen Zivilbevölkerung zu beenden, fordern wir die sofortige und bedingungslose Kapitulation der Hamas. Die Verantwortlichen dieser Terrorgruppe müssen für ihre Taten zur Verantwortung gezogen werden.

Die Diskussion angesichts der Terrorakte in der öffentlichen Diskussion stattfindende Umkehr von Opfern und Tätern ist strikt zurückzuweisen.

Wir begrüßen die klare Haltung der Republik Österreich, besonders im Rahmen der Vereinten Nationen.



Der Krieg im Netz.

Wie TikTok & Co. Kinder und Jugendliche manipulieren.

Von Andrea Hladky

Wien, Mitte Oktober 2023. In der Klasse von Anna und Paul wird seit dem Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober heftig darüber gestritten, wer für Israel und wer für die Palästinenser_innen ist – wie wenn es sich um ein Fußballspiel und die entsprechenden Fans handeln würde. Jugendliche beziehen ihre Informationen über den Gaza-Konflikt überwiegend aus den sozialen Medien im Internet. Darin besteht das große Problem: Sie erhalten nur wenige gesicherte Berichte aus Israel oder dem Gazastreifen.

Zahlreiche Informationen sind nicht bestätigt, die Algorithmen sind programmiert – und Meinungen werden nicht als solche gekennzeichnet, sondern als schlichte Wahrheit for-

muliert. Kinder und Jugendliche haben oftmals keine Erfahrung damit, Informationen und ihre Quellen zu hinterfragen – was sie auf TikTok oder Instagram lesen, müsse in ihrer Wahrnehmung also stimmen. In Österreich nutzen 2,4 Mio. Menschen das chinesische Medienportal TikTok, die Zielgruppe ist 13 bis 24 Jahre alt. 78 % aller Mädchen von 11 bis 17 Jahren und 62 % aller Burschen sind auf TikTok, weltweit gibt es über 1 Milliarde Nutzer_innen. Instagram (Meta-Konzern, USA) hat 3,2 Mio. Nutzer_innen, knapp zwei Drittel (62%) sind jünger als 34 Jahre. (Quelle: Social Media Report 2023 von artworx®)

Der 15-jährige Paul erzählt, er habe gelesen, dass Israel seit Jahrzehnten die Palästinenser_innen verhungern lasse. Seine Quelle: TikTok.



Der 15-jährige Paul erzählt, er habe gelesen, dass Israel seit Jahrzehnten die Palästinenser_innen verhungern lasse. Seine Quelle: TikTok. Seine Mitschülerin Anna wiederum meldet jeden Pro-Palästina-Post an Instagram, ohne zu unterscheiden, ob es sich um eine Hamas-Verherrlichung oder Spendenaufrufe für die palästinensische Bevölkerung handelt. Für sie ist alles gleich: Verrat an Israel. Gibt es in der Schule oder zuhause keine politische Einordnung der Ereignisse oder Vermittlung vom Umgang mit sozialen Medien, nehmen Kinder und Jugendliche und nicht selten auch Erwachsene Informationen daraus schlicht als wahr an. Pädagog_innen und Eltern tragen daher besondere Verantwortung. Wissensbildung darf nicht nur über soziale Netzwerke erfolgen, gerade bei der jungen Bevölkerung, die oft keine anderen Medien wie Fernsehen oder Radio konsumiert.

Bereits in den letzten Jahren stellte der Umgang mit antisemitischen Videos und Memes (eine Art selbst-



Foto: Andrea Hladky



gebastelte Cartoons) in sozialen Medien ein Problem dar, jede Verschärfung des israelisch-palästinensischen Konflikts führte zu einer Zunahme antiisraelischer und antisemitischer Inhalte. Seit dem 7. Oktober ist auch der Krieg im Netz eskaliert. Eine besondere Rolle spielen dabei Influencer_innen.

Die Rolle der Influencer_innen und des Algorithmus

Als Influencer_innen werden »Personen bezeichnet, die aus eigenem Antrieb Inhalte wie Text, Bild, Audio und Video zu einem Themengebiet in hoher und regelmäßiger Frequenz veröffentlichen und damit eine soziale Interaktion initiieren« (Aus: Gabler Wirtschaftslexikon) – und oft viel Geld damit verdienen. Man kann Inhalte einer Person oder eines Unternehmens abonnieren, indem man z.B. auf TikTok diesem Kanal folgt und danach regelmäßig Beiträge daraus vorgeschlagen bekommt. Es gibt besonders viele Influencer_innen, die mit Kosmetik und Modethemen Millionen Follower_innen – Leser_innen hätte man früher dazu gesagt – lukrieren. Sie besitzen eine hohe Glaubwürdigkeit in Sachen Lifestyle bei ihrem oft minderjährigen Publikum. Wenn sich diese dann politisch äußern, wird ihre Kompetenz auch in diesem Bereich nicht in Frage gestellt. In sogenannten »Infoslides« (Kurznachrichten) verkaufen sie Lügen und persönliche Meinungen als wahrheitsgemäße Informationen.

Ein Beispiel von vielen ist die in Dubai lebende deutsche Influencerin Nora Achmaoui, Teil der NGO

»Islamic Relief«. Auf ihrem TikTok-Kanal, dem 2,2 Mio. Menschen folgen, postet sie vor allem Sketch-Videos. Seit dem 7. Oktober finden sich in ihrem Kanal aber vor allem Videos, die den Zuschauern unterzujubeln versuchen, dass an der aktuellen Lage allein Israel schuld sei und einen »Genozid an den Palästinensern« verübe.

Algorithmen ohne journalistische Ethik

Benjamin Gust, Professor der Technischen Hochschule Mittelhessen erklärt: Der Algorithmus ist eine Rechenformel, die darüber entscheidet, welche Beiträge wem angezeigt werden. Ein Algorithmus kenne keine journalistische Ethik und achte auch nicht auf Ausgewogenheit. Beim aktuellen Gaza-Konflikt ergebe sich das Ungleichgewicht aus der ethnisch-religiösen Zusammensetzung der Gesellschaft. Gust hat Hashtags (Schlagworte) auf den Plattformen TikTok und Instagram verglichen. Bei Instagram gebe es zum Hashtag »freepalastine« 5,6 Mio. Beiträge, jedoch nur 132.000 Beiträge beim Hashtag »Israelunderattack«. Genauso gravierend ist demnach der Unterschied bei TikTok. Beiträge und Videos mit dem Hashtag »Freepalastine« wurden 23,1 Milliarden (!) mal gesehen. Wenn man Hashtags mit Rechtschreibfehlern wie »Freepalastin« oder mit Flaggen dazurechnet, käme man auf etwa 29 Milliarden Aufrufe mit Pro-Palastine-Content. Pro-Israel-Content habe bei gleicher Rechenart inklusive Varianten etwa 211 Mio. Aufrufe. Die Konsequenz: Unabhängig vom Wahrheitsgehalt liegt die Deutungshoheit beim pro-palästinensischen Narrativ.

(Quelle:

Bayern24.de vom 22.11.2023).

Expert_innen sind sich einig: Eine ausgewogene Berichterstattung gibt es in den sozialen Medien noch seltener als vor dem 7. Oktober – die antiisraelischen und antisemitischen Beiträge überwiegen.

Ein weiteres Problem: Nutzer_innen sehen gefälschte Fotos und alte Videos aus anderen Kriegsregionen, die so manipuliert werden, als ob sie aus dem Gazastreifen kämen. Elon Musks Plattform »X« (vormals Twitter) steht besonders in der Kritik. Die EU-Kommission warnte ihn wegen »Verbreitung von illegalen Inhalten« und »Falschinformationen« in seinem Online-Dienst. »Nach den Terrorangriffen der Hamas auf Israel verfügen wir über Hinweise, wonach Ihre Plattform zur Verbreitung illegaler Inhalte und von Falschinformationen in der EU verwendet wird«. »X« ist zwar keine Plattform, die überwiegend von Jugendlichen konsumiert wird, sondern von Erwachsenen – das zeigt aber auch wie leicht manipulierbar wir alle sind. Junge Menschen, die jetzt erst beginnen, sich Wissen anzueignen, sind umso gefährdeter. Die Gefahr besteht darin, dass der manipulierte und emotionalisierte Funken vom Netz in die Realität überspringt, also auf die Straße oder zu radikalisierten Organisationen. Genau deswegen brauchen wir eine bessere Einordnung und Überprüfung der Informationen in den sozialen Medien.

Verbotsgesetz

Verbot der nationalsozialistischen Wiederbetätigung wird novelliert.

Die Eckpunkte: Eine grenzüberschreitende Strafverfolgung wird erleichtert, Diversion öfter ermöglicht, und es gibt deutlich höhere Strafen für die Verbreitung verbotener Symbole.

In seiner Sitzung vom 31. November hat der Justizausschuss den Weg für die Novellierung des Verbotsgesetzes geebnet. Nach dem Beschluss im Nationalrat Mitte Dezember wird das Gesetz mit Jahresbeginn 2024 in Kraft treten. Wer ab dann nationalsozialistische oder andere in Österreich verbotene Symbole verbreitet bzw. trägt, muss künftig mit deutlich höheren Strafen rechnen.

Außerdem wird künftig auch jegliches – und nicht nur »gröbliches« – Verharmlosen des Holocaust und anderer nationalsozialistischer Gräueltaten strafbar sein. Ebenso wird mit der Verbotsgesetz-Novelle die Ahndung von im Ausland begangenen Delikten und das Einziehen von NS-Devotionalien erleichtert. Der Beschluss fiel mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ, Grünen und NEOS, damit sollte auch die im Plenum notwendige Zweidrittelmehrheit sichergestellt sein.

Diversionsmöglichkeit im niederschweligen Bereich

Vorrangiges Ziel der Verbotsgesetz-Novelle 2023, die auch eine Änderung des Abzeichengesetzes, des Symbole-Gesetzes und des Uniform-Verbotsgesetzes umfasst, ist eine Verbesserung der strafrechtlichen Bekämpfung nationalsozialistischer (Wieder-)Betätigung mit Blick auf die geänderten gesellschaftlichen und technischen Gegebenheiten. So machen sich Österreicher:innen künftig

etwa auch dann strafbar, wenn sie sich im Ausland einer nationalsozialistischen Vereinigung anschließen oder vom Ausland aus NS-Propaganda über das Internet verbreiten.

Zudem wird bei nationalsozialistischer Wiederbetätigung künftig zwischen »Grunddelikten« und qualifizierteren Straftaten unterschieden, wobei der Strafrahmen für erstere auf sechs Monate bis fünf Jahre – statt ein bis zehn Jahre – herabgesetzt wird. Damit wird eine diversionelle Erledigung einschlägiger Strafverfahren im niederschweligen Bereich ermöglicht. Man wolle Täter:innen einen gangbaren Weg zur Abkehr von ihren Verhaltensweisen und ihren Einstellungen eröffnen, beispielsweise durch Kursmaßnahmen oder den Besuch einer Gedenkstätte, heißt es dazu in den Erläuterungen.

Die Kosten für derartige pädagogische Diversions-Programme, die für den Holocaust und andere nationalsozialistische Verbrechen sensibilisieren sollen, wird der Bund übernehmen. Dem bzw. der Beschuldigten ist jedoch ein Pauschal-kostenbetrag von bis zu 500 € aufzuerlegen, wobei die soziale Lage der Betroffenen Berücksichtigung finden soll. Bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen kann von einem Beitrag abgesehen werden, wenn dessen Begleichung ihr Fortkommen erschwert.

Amtsverlust für Beamt:innen, Einziehung von NS-Devotionalien

Für Beamt:innen und Vertragsbedienstete wird eine Verurteilung nach dem Verbotsgesetz künftig automatisch den Verlust ihres Amtes bzw. ihrer Anstellung bedeuten. Außerdem werden NS-Devotionalien in Hinkunft auch ohne Zusammenhang mit einer konkreten Straftat eingezogen werden können.

Höhere Strafen für Tragen bzw. Verbreiten verbotener Symbole

Die Strafdrohung für das Tragen bzw. Verbreiten von in Österreich verbotenen Abzeichen und Symbole wird mit der vorliegenden Gesetzesnovelle von 4.000 € auf 10.000 € hinaufgesetzt. Im Wiederholungsfall ist mit einer Geldstrafe von bis zu 20.000 € bzw. einer Freiheitsstrafe von bis zu sechs Wochen zu rechnen. Das gilt nicht nur für nationalsozialistische Symbole wie das Hakenkreuz, sondern auch für Symbole von Gruppierungen, die unter das Symbole-Gesetz fallen. Dazu gehören etwa der Islamische Staat (IS), die Muslimbrüderschaft, die Grauen Wölfe, die PKK, die Hamas, die Hisbollah, die Ustascha, die Identitären (IBÖ) und die Gruppierung »Die Österreicher« (DO5).

Breite Zustimmung zum Gesetz

In der Debatte wies Sabine Schatz (SPÖ) darauf hin, dass ihre Fraktion die Ausweitung der Diversion auf Erwachsene ursprünglich kritisch

gesehen habe. Man dürfe nationalsozialistische Wiederbetätigung nicht bagatellisieren, warnte sie. Mit den nunmehr vorgesehenen gezielten Diversions-Programmen sei diesen Bedenken aber Rechnung getragen worden. Die Herabsetzung der Mindeststrafe und die Möglichkeit einer Diversion könne künftig auch insofern zu Verbesserungen führen, als in der Vergangenheit Geschworene aufgrund der Konsequenzen für die Betroffenen oftmals gezögert hätten, eine Freiheitsstrafe auszusprechen.

NEOS begrüßen Diversionsmöglichkeit

Auch NEOS-Abgeordneter Nikolaus Scherak begrüßte die neue Diversionsmöglichkeit ausdrücklich. Gezielte Programme für Beschuldigte würden in vielen Fällen weit mehr bringen als Haftstrafen, zumal in Gefängnissen die Gefahr einer weiteren Radikalisierung bestehe. Auch der zwingende Amts- und Funktionsverlust für Staatsdiener:innen wurde von Scherak und Schatz befürwortet.

FPÖ-Abgeordneter Stefan hält die Gesetzesnovelle in zwei Punkten für überschießend und rechtsstaatlich bedenklich. Er wolle auch keinen Beamten, »der dem Nationalsozialismus nachhängt«, sagte Stefan, für ihn ist es aber nicht einsichtig, dass eine Verurteilung nach dem Verbotsgesetz künftig automatisch zum Amtsverlust bzw. zu einer Entlassung führt, während andere Verurteilungen – etwa wegen sexueller Gewalt, Gutheißung terroristischer Straftaten oder Verrat von Staatsgeheimnissen – erst bei einer bestimmten Strafhöhe entsprechende Konsequenzen haben.



Seitens der Grünen hielt Agnes Sirkka Prammer Stefan entgegen, dass man im österreichischen Staatsdienst keine »Nazis« dulden dürfe. Daher sei der automatische Amtsverlust richtig. Auch bei anderen Delikten könne im Übrigen nach einem Disziplinarverfahren ein Amtsverlust ausgesprochen werden.

Johanna Jachs (ÖVP) betonte, es sei wichtig, jedes Relativieren nationalsozialistischer Verbrechen zu ahnden. Zudem zeigte sie sich über die Erhöhung der Strafen im Symbolegesetz erfreut.

Zadić spricht von »historischer Novelle«

Von einer historischen Novelle sprach Justizministerin Alma Zadić. Die letzte inhaltlich bedeutende Reform des Verbotsgesetzes sei vor mehr als 30 Jahren erfolgt. Im Begutachtungsverfahren habe es große Zustimmung zum Entwurf gegeben,

trotzdem habe man ihn noch einmal überarbeitet, um vorhandene Bedenken auszuräumen.

Die Diversion hält Zadić für ein geeignetes Mittel, um weitere Straftaten zu verhindern und die Rückfallsquote zu reduzieren. Mit dem Abänderungsantrag habe man nun auch eine gesetzliche Grundlage für die Kostentragung von Auflagen geschaffen. Neu ist laut Zadić auch, dass eine Leugnung des Holocaust künftig bereits dann strafbar ist, wenn die Aussagen vor einer Gruppe von rund zehn Personen erfolgen, der bisherige Maßstab seien rund 30 Personen gewesen.

(Quelle: Parlamentskorrespondenz)

WOHIN WENDET MAN SICH...

... wenn das Haus in Trümmern liegt oder evakuiert wurde?

Die israelische Regierung stellt 50.000 Hotelzimmer zur Verfügung, aber das reicht nicht. Über die neu eingerichtete Plattform Safe Zone gibt es jetzt die Möglichkeit private Unterkünfte zu finden. Auf einer Karte bieten Freiwillige gratis Wohngelegenheit für Menschen aus der Gefahrenzone an, über eine App können Wohnungssuchende

Anbieter_innen kontaktieren und eine sichere Unterkunft finden.

20 Freiwillige koordinieren die Plattform, damit jede_r Filter einsetzen um die passende Wohnung zu finden. So kann man z.B. die Personenanzahl eingeben, besondere Bedürfnisse, ob Haustiere mitkommen können u.ä. Neben Privatpersonen melden sich einstweilen auch Hotels oder Jugendherbergen mit Zimmerangeboten.

<https://safe-zone.spiritt.app/>

<https://nocamels.com/2023/10/new-app-helps-displaced-israelis-find-safe-haven-in-wartime/>

UNEINGESCHRÄNKT LEBEN

»Kriegsversehrte« gab es einst auch auf Österreichs Straßen. Sie wurden durch ihre Verletzungen ihr Leben lang an das Grauen des Kriegs erinnert. Hierzulande kann man sich kaum mehr vorstellen, wie es ihnen geht, in Israel sind sie sehr präsent.

Technologiefirmen wie der 3D-Druck-Spezialist Stratasys oder die Verteidigungstechnologiefirma Elbit, haben Restart gegründet, eine Nonprofit-Or-

ganisation, die Kriegsverletzten durch individuell angepasste Prothesen-Lösungen wieder ein uneingeschränktes selbständiges Leben ermöglichen sollen. Jedes Jahr erarbeiten 20-25 Kriegsoffer mit einem Team von Freiwilligen optimierte Prototypen für eine Serienproduktion, die ihnen und später auch anderen Betroffenen zur Verfügung stehen soll. Die Verletzten werden in diesem Team auch persönlich gecoach und psychologisch betreut.

<https://restartglobal.org/home/>

WENN EIN KIND AUS SEINEN SPIELSACHEN EINEN BUNKER BAUT

Dann läuft etwas gröber falsch! Kinder sind von Kriegshandlungen besonders schwer betroffen. Sie erleben Gewalt, verlieren ihre sozialen Kontakte und ihr Zuhause, und sie entwickeln schwere Traumata, die sich manchmal erst viel später bemerkbar machen. Sie brauchen daher sofort professionelle Betreuung.

Die israelische Nonprofit-Organisation Early Starters muss in leidvollen Erfahrungen in der Ukraine

Erlerntes nun auch im eigenen Land umsetzen. In wenigen Tagen haben sie in Hotels in Kibbutz Ma'ale HaHamisha (westlich von Jerusalem), am Toten Meer und in Eilat Unterkünfte eingerichtet, in denen bis zu 1.000 Familien versorgt werden können.

Die NGO IsraAID (<https://www.israaid.org/>) unterstützt mit freiwilligen Helfer_innen. Weitere Unterkünfte sind geplant, weitere Helfer_innen werden dringend gesucht.

<https://www.earlystarters.org/>

START-UPS ERHALTEN!

Hilla Haddad Chmelnik, die ehemalige Geschäftsführerin des Ministeriums für Innovation, Wissenschaft und Technologie (Director General of the Innovation, Science and Technology Ministry), hat mit Ehud Schneorson, dem ehemaligen Kommandanten einer IDF-Einheit, und Itzik Parnafes, einem Berater des Investor Unternehmens Battery, einen Fonds zur

Unterstützung der vom Krieg beeinträchtigten Start-ups in Israel gegründet: Safe Dome (Sichere Kuppel). Sie wollen bis zu 500.000 US\$ in 100 Startups investieren, die in den letzten zwei Jahren mindestens 250.000 US\$ Umsatz generiert haben, aber durch die Kriegshandlungen schwer behindert oder geschädigt wurden. Um diese Unternehmen leistungsfähig zu erhalten und die Arbeitsplätze zu sichern wird ihnen das Geld noch in diesem Jahr überwiesen.

<https://www.israel21c.org/emergency-fund-helping-startups-survive-the-war/>

INNOVATION AFRICA - DIE ISRAEL CONNECTION

Mit der Nonprofit-Organisation Innovation Africa hat Israel in Zusammenarbeit mit lokalen Spezialisten durch Aufbau von Trinkwasser- Solarenergieanlagen die Lebensqualität von über vier Millionen Menschen in zehn afrikanischen Ländern nachhaltig verbessert. Israel ist und bleibt auch unter schwierigen Bedingungen ein innovatives Land. Die Fähigkeit, schnell und flexibel zu handeln bewährt sich

jetzt auch bei der Soforthilfe im eigenen Land. An der Grenze zu Gaza und dem Westjordanland baut die Organisation Solarenergieanlagen zur Versorgung der dort stationierten Soldat_innen mit Strom.

Sie können jederzeit z.B. ihre Telefon-Akkus laden und Kontakt zu ihren Angehörigen aufrecht halten.

<https://innoafrica.org/israel.html>

JOURNALISTEN UNTER FEUER

Journalist_innen berichten jetzt über Kampfhandlungen, auch vor Ort. Die International Federation of Journalists hat Verhaltensregeln herausgegeben, die Journalist_innen in potenziellen Kriegsgebieten zu ihrem eignen Schutz unbedingt befolgen sollten. Die Empfehlungen sind auf Englisch und Arabisch verfasst und richten sich an Schreibende in Gaza, sollten aber in allen militärischen Konflikten angewendet werden.

- **Vorbereitung:** Fluchtwege klären (Abstand zu strategischen »Zielen« halten, Fluchtrouten und Alternativen durchdenken, sichere Verstecke vor Ort erkunden,... – Schutz vor Beschuss, Einsturz, Brand, etc.) und Ausrüstung bereithalten (Schutzkleidung, Helm mit Gehörschutz und Licht (Akku!), sichtbare Journalisten-ID; haltbare Lebensmittel, Wasser, Medikamente und 1. Hilfe-Ausstattung, Rettungsdecke, Schaufel, Feuerlöscher...)

- **Situation beobachten:** verstärkte Aktivitäten von Fahrzeugen und Transporten, Drohnendichte, Störungen der elektronischen Kommunikation, »Abstecken« von Arealen (auch im www), (...) in der Luft, am Boden, auf See? Bevor es »brenzlig« wird, sofort weg! Besser vor Ausbruch von Beschuss, besser tagsüber!
- **Bei Beschuss:** Bedenke: Technik sieht, was du nicht siehst! Im Notfall 3-Sekunden-Regel einhalten: mit Füßen Richtung Gefahr auf den Boden legen, Kopf und Ohren schützen, Arme am Körper und Beine zusammen, Mund offen – an einer möglichst sicheren Stelle, sonst flach dorthin rollen oder robben. Jede Erhöhung ist eine Zielscheibe. – Auch nach längeren Feuerpausen mit weiterem Beschuss rechnen.

Es stellt sich die Frage, ob sich der Einsatz von Leib und Leben für ethisch korrekte Reportagen lohnt, wenn eine einzige zielgerichtet platzierte Falschmeldung in den Social Media den Aufwand zunichtemachen kann ...

https://www.ifj.org/fileadmin/user_upload/Safety_Advisory_-_Gaza_Journalists_-_131023.pdf



Philippe Sands:
Rückkehr nach Lemberg

Fischer Taschenbuch,
4. Auflage Mai 2021
€ 17,50

Rückkehr nach Lemberg

Autor Philippe Sands, selbst Menschenrechtsanwalt, kehrt in die Stadt seiner Vorfahren zurück. In Lemberg wurde ein großer Teil seiner Familie während des Zweiten Weltkriegs von den Nationalsozialisten ermordet. Er teilt dieses Schicksal mit zwei anderen Lemberger Juristen, die ebenso ihre Familien verloren haben und aus diesem Antrieb heraus mit juristischen Mitteln daran gearbeitet haben, nach dem Holocaust für Recht und Gerechtigkeit zu sorgen: Hersch Lauterpacht, der als Schüler von Hans Kelsen den Straftatbestand der Verbrechen gegen die Menschlichkeit entwickelte, sowie Raphael Lemkin, den Schöpfer der Definition des Völkermords, welche fast unverändert in der UN Konvention gegen Genozid zu internationalem Recht wurde.

In dem beinahe 600 Seiten umfassenden biographischen Werk lässt der Autor die Fäden seiner eigenen Familie sowie jene der beiden Juristen in Lemberg zusammenlaufen und verknüpft die Schicksale von Tätern und Anklä-

gern, von Strafe und internationalem Recht und seinen Institutionen zu einer fesselnden Erzählung darüber, wie Verbrechen und Schuld über Generationen hinweg fortwirken.

Karten, umfassende Quellen und ein ausführliches Register machen »Rückkehr nach Lemberg« nicht nur zu einer spannenden Lektüre, sondern zu einem detaillierten Nachschlagewerk, das auch für Nicht-Jurist_innen leicht verständlich ist. Es zeigt, wie vielfältig die juristischen Methoden sind, die unfassbaren Verbrechen der nationalsozialistischen Schergen zu fassen, zu richten und zu sühnen. Vor allem der Straftatbestand der Verbrechen gegen die Menschlichkeit spielten auch in den Nürnberger Prozessen eine wesentliche Rolle. Sie waren einer der vier Anklagepunkte und umfassten die Ermordung und Verfolgung von Oppositionellen sowie die Ermordung, Ausrottung, Versklavung, Deportation und andere unmenschliche Handlungen gegen die Zivilbevölkerung vor oder während des Kriegs.

Faszination Judentum

Grundlagen – Vielfalt – Antijudaismus



Das über 300 Seiten starke Buch gliedert sich in vier Abschnitte: Grundwissen zum Judentum über Wesen, Ecksteine und Schriften, aber auch Speisegesetze, Lebenszyklen und Jenseitsvorstellungen. Der zweite Abschnitt bietet Spezialwissen zum Judentum wie etwa Beiträge zum Psychogramm des religiösen Fundamentalismus, zum zionistischen Traum und dem Judentum im 21. Jahrhundert als Ausblick. Der dritte Abschnitt nennt sich »Wer killte Rabbi Jesus?

Religiöse Wurzeln der Judenfeindschaft« und beleuchtet historischen Hintergrund ebenso wie Leben und Tod des Rabbi Jesus. Der vierte Abschnitt steht an Stelle eines Epilogs und behandelt – leider sehr aktuell – die Rolle Israels als Sündenbock im Kontext des Nahostkonflikts.

Der Autor, der Facharzt für Dermatologie sowie Präsident der Jüdischen Reformgemeinde Or Chadash in Wien ist, richtet sich mit seinem

Grand Hotel Abgrund

Es mag Zufall gewesen sein oder nicht, dass die bekanntesten Mitglieder der Frankfurter Schule Juden waren oder, wie im Fall von Theodor W. Adorno, einen jüdischen Vater hatten. Sie kamen aus großbürgerlichen Familien, waren bestens gebildet und elitär. Der Autor Stuart Jeffries bezeichnet Adorno als den Papst der Frankfurter Schule, Max Horkheimer als ihren Finanz- und Außenminister. Das vielschichtige Porträt der Frankfurter Schule, die sich mitten im 20. Jahrhundert, dem Zeitalter der Extreme, als wichtige philosophische und sozialwissenschaftliche Ideenschmiede etabliert, zeigt wie ihre Protagonisten das Denken der Zeit verändern. Die mit dem Frankfurter Institut für Sozialforschung verbundene Theresenschule schafft auf der Grundlage von Marx, Hegel und Freud eine Ideologiekritik der bürgerlichen Gesellschaft. Unter der Prämisse, dass sich die Schrecken des Holocausts nicht wiederholen dürfen, stellen sich Adorno, Horkheimer, Marcuse, Fromm, Pollock,

Neumann und Habermas gegen das, was ihre gemeinsamen Erfahrungen ausmacht: gegen Ausgrenzung, Vernichtung und Exil, das Juden, wie Horkheimer zu bedenken gibt, auf besondere Weise getroffen habe, weil sie zuvor zu wertlosem Leben erklärt worden sein.

Kritisch beobachtet Jeffries, wie die 68er Bewegung aus der kritischen Schule hervorgeht und sich etliche 68er zur Gewalt bekennen. Ironisch hält er fest, wie auch diese Rebellion scheitert und vermerkt bitter, dass nach dem Tod Adornos 1969 die »Schule« plötzlich geschlossen wird. Und dennoch stellt die Frankfurter Schule fast alles vom Kopf auf die Füße: die deutsche (und wohl auch die österreichische) Gesellschaft ist seither eine ganz andere: freier, offener und (selbst)kritischer.

Die bravouröse Kritik an der Schändlichkeit des Faschismus und das minutiöse Sezieren des sozial vernichtenden, geistig erdrückenden

Einflusses des Kapitalismus auf die Gesellschaft des Westens bleibt in der praktischen politischen Umsetzung der Zeit weit hinter der theoretischen Virtuosität zurück.



Stuart Jeffries:
**Grand Hotel Abgrund
Die Frankfurter Schule
und ihre Zeit**

Klett-Cotta, 3. Auflage, 2019
€ 28,-

Buch sowohl an Christ_innen wie Jüd_innen und schafft es brilliant, das breite Spektrum des Judentums sowohl verständlich als auch kritisch darzustellen. Was trennt und was eint Christ_innen und Jüd_innen, wie ist der Stellung der Frau in der jüdischen Gesellschaft, welche Breite deckt der jüdische Pluralismus ab und wie ist er akzeptiert? Leider ein immer noch aktuelles Thema ist der christliche, der islamische und der politische Antisemitismus sowie der

Antizionismus als eine Sonderform des Hasses von Juden und Jüdinnen.

Im Anhang bildet das Buch in tabellarischer Form die Hauptereignisse der jüdischen und israelischen Geschichte ab beginnend mit der Zeit 1800 bis 1700 vor der Zeitrechnung, als der wahrscheinlichen Zeit zu der Abraham lebte und endet mit der Anerkennung von Jerusalem als Hauptsadt Israels durch die USA. Weiterführende Literatur sowie ein

Glossar von A wie Adonai bis Z wie Zion vervollständigen das interessante Werk, das sowohl in einem Zug gelesen als auch als Nachschlagewerk genutzt werden kann.

Theodor Much:
**Faszination Judentum
Grundlagen - Vielfalt -
Antijudaismus**

LIT Verlag 2018
€ 34,90

Mein Blick auf Wien gibt dir 1.000 Einblicke.

Ich bin ivie. Mit mir kannst du alle Geheimtipps Wiens kennenlernen. Hunderte spannende Orte warten darauf, von dir entdeckt zu werden.

Denn eines ist sicher:
ich habe viel zu erzählen.

Jetzt gratis downloaden



Deine offizielle
City Guide App



Best
App
2021*

* Beste Webseite, App & E-Commerce
beim IAB webAD 2021

ivie.wien.info